

Wolfgang Möllers **Südostasien –
der „Balkan des
Orients“?**

Zu Beginn des Kalten Krieges war Südostasien für viele politische Beobachter nichts anderes als der „Balkan des Orients“. Anfang des Jahres 2000 sieht die Region im Vergleich zu anderen Weltgegenden politisch relativ stabil aus. Auch wirtschaftlich fasst man langsam wieder Tritt. Dennoch sind eine Reihe der Länder von ethnischen Problemen gekennzeichnet, die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind längst nicht überall behoben. Verändert sich in den beiden nächsten Jahrzehnten die politische Landkarte Südostasiens? Da fällt sofort der Blick auf Indonesien. Der Inselstaat steht nach dem Niedergang Suhartos vor seiner größten Belastungsprobe seit der Unabhängigkeit im Jahre 1949. Ein Auseinanderbrechen hätte schlimme Folgen für die gesamte Region.

Über dreißig Jahre ist es her, im Jahre 1969, da zogen marodierende malaiische Banden, bewaffnet mit Stöcken und Messern, durch die Straßen Kuala Lumpurs, der Hauptstadt Malaysias. Die Wut richtete sich auf ihre chinesischen Nachbarn, die sie verprügelten und deren Autos und Häuser sie in Brand steckten. Grund des Amoklaufs: drei Tage zuvor hatte es Wahlen gegeben und das Ergebnis schien das Ende der malaiischen politischen Vorherrschaft in dem südostasiatischen Staat einzuläuten. Fünf Tage lang stand die Stadt in Flammen, am Ende verzeichneten offizielle Statistiken knapp 200 Tote, 10 000 Verhaftungen und rund 800 zerstörte Gebäude.

Die malaysische Regierung erklärte den Ausnahmezustand, politische Parteien wurden verboten. 18 Monate lang hatte ein sogenannter „National Operations Council“ das uneingeschränkte Sagen. Um die aufgebracht malaiischen Massen zu beschwichtigen, wurden ihre Rechte in der Verfassung erweitert. Chinesische Malaysier erklärten sich dazu bereit, die wirtschaftliche Lage der Malaien, der „Söhne des Landes“ (*Bumiputras*), zu verbessern und den Wohlstand gerechter mit ihnen zu teilen.

Der gefundene Kompromiss zeigte trotz einiger Schwächen durchschlagenden Erfolg. Von ähnlichen Gewaltorgien ist Malaysia bis zum heutigen Tage verschont geblieben. Allerdings: der 13. Mai 1969 ging als Unheilsdatum in die Geschichte des Landes ein. Die blutigen Vorgänge von damals wirken auch heute im politischen und gesellschaftlichen Leben noch nach.

Dieser 30. Jahrestag der malaysischen Unruhen ist für viele in der Region Anlass, einen Blick auf die noch relativ jungen südostasiatischen Staaten zu werfen

und ihre politische und gesellschaftliche Stabilität unter die Lupe zu nehmen. Zu offensichtlich spielte sich auf dem Balkan, geographisch zwar weit entfernt, dennoch aber vergleichbar, eine Tragödie ab, die viele im ASEAN-Raum in Angst und Schrecken versetzte. Jugoslawien – nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Vielvölkerstaat mit verschiedenen Religionen zusammengefügt und mit eiserner Hand von Tito gehalten – war auseinandergebrochen. Da wurden schnell Vergleiche und Erinnerungen wach. Für zahlreiche politische Beobachter zu Beginn des Kalten Krieges war Südostasien nichts anderes als der „Balkan des Orients“. Politisch instabil und turbulent, erinnerte die Region angeblich an Südosteuropa vor dem Ersten Weltkrieg.

Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges liegt Südostasien derzeit relativ windstill da, fernab von globalen Stürmen. Jedoch erscheinen die jungen Staaten der Region nicht so gefestigt, dass überhaupt keine Sorge angebracht ist. Viele Länder, erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts unabhängig geworden, sind von ethnischen Problemen gezeichnet. Besonders schlimmes Beispiel ist Myanmar (Burma). Hier wüten noch immer bewaffnete Aufstände gegen die Zentralregierung, die ihrerseits mit viel Gewalt und Repressionen gegen eine politische Opposition im Lande vorgeht. Indonesien wird trotz neuer Regierung von politischen Turbulenzen geschüttelt, die das Land an den Rand des Auseinanderbrechens geführt haben.

Asiens Wirtschafts- und Finanzkrise hat seit zweieinhalb Jahren zusätzlichen schlimmen Tribut gefordert. Die katastrophalen sozialen Folgen sind in einer Reihe von Ländern deutlich spürbar und bringen ganze Gesellschaften ins Wanken. Selbst aus Singapur kommen warnende Töne. Für Premierminister Goh Chok Tong ist der wohlhabende und erfolgreiche Stadtstaat noch keinesfalls eine „Nation“ und daher nicht immun gegen *tribalism*. „Können wir sicher sein, dass das Zugehörigkeitsgefühl zum Staat größer ist als der Instinkt, einer Volksgruppe anzugehören?“, fragt er besorgt seine Landsleute.

„Asien“ und „die Asiaten“ – diese Bezeichnungen sind natürlich unzulässig vereinfachend und verallgemeinernd. Der Kontinent steckt voller Verschiedenheiten. Selbst die Bezeichnung „Südostasien“ birgt

■ **Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges liegt Südostasien derzeit relativ windstill da, fernab von globalen Stürmen. Jedoch erscheinen die jungen Staaten der Region nicht so gefestigt, dass überhaupt keine Sorge angebracht ist.**

eine noch immer schwierige Zusammenfassung eines Raumes von zehn sehr unterschiedlichen Ländern in sich. Wanderungsbewegungen, kulturelle und religiöse Einflüsse haben deutliche Spuren hinterlassen, sich vermischend und überlappend. Die heutigen Staatsgrenzen – so Kenner der Region – entsprächen nicht unbedingt den Gesellschaften, die in ihnen lebten. Dennoch hat es seit der Unabhängigkeit kaum Abspaltungen gegeben. Lediglich Singapurs „Abschied“ von Malaysia im Jahre 1965 bildet die Ausnahme von dieser Regel.

■ Indonesien vor schwerer Belastungsprobe

Verändert sich in den nächsten beiden Jahrzehnten die politische Landkarte Südostasiens? Viele Augen schauen vor dem Hintergrund dieser Frage nach Indonesien, dem viertbevölkerungsreichsten Land der Erde. Osttimor, im Jahre 1976 von Jakarta annektiert und überwiegend katholisch im Unterschied zur überwältigenden moslemischen Mehrheit insgesamt im Land, ist seit dem Herbst 1999 unabhängig. Die Vereinten Nationen versuchen nach besten Kräften, dem Land auf die Beine zu helfen. Internationale Schutztruppen sind bemüht, Sicherheit und Ordnung zu garantieren. Eine regionale Einrichtung wäre die erste Adresse gewesen, um das Debakel um Osttimor im vergangenen Jahr rechtzeitig in den Griff zu bekommen. Die Rede ist von ASEAN, dem zehn Länder starken Verband südostasiatischer Staaten. Hier ist auch Indonesien Mitglied. Allein, ASEAN schwieg lange, wie immer aus Angst vor Einmischung, dem offiziellen Tabuthema, das der Organisation schon so manchen Schaden zugefügt hat. Wie kann man innerhalb der ASEAN eifrig über die Inselgruppe der Spratlys diskutieren, wenn gleichzeitig in einem Mitgliedsland Vertreibung und Massenmord stattfinden? Welche Relevanz haben vertrauensbildende Maßnahmen unter dem Dach des „ASEAN Regional Forums“, wenn im Ernstfall konkrete Schritte ausbleiben? Dies sind nur einige der kritischen Fragen, die vor allem in Thailand und den Philippinen gestellt werden.

Zwar hat man sich in letzter Minute dazu bereit erklärt, Soldaten als Teil der internationalen Friedenstruppen zu schicken, aber erst, nachdem Australien

■ Eine regionale Einrichtung wäre die erste Adresse gewesen, um das Debakel um Osttimor im vergangenen Jahr rechtzeitig in den Griff zu bekommen. Die Rede ist von ASEAN, dem zehn Länder starken Verband südostasiatischer Staaten.

den Vorreiter spielte. Die Unterstützung Australiens stellt eine Art Wiedergutmachung dar, hatten doch australische Einheiten im Jahre 1942 mit der Unterstützung der Bevölkerung Osttimors einen Guerillakrieg gegen die Japaner entfacht, die ihrerseits Vergeltung an der einheimischen Bevölkerung übten. 60 000 Menschen sollen damals in Osttimor ums Leben gekommen sein. Jetzt kann Canberra sein nationales Gewissen beruhigen. Breite Unterstützung war den Politikern zu Beginn des Einsatzes gewiss, rund 72 Prozent der Australier stimmten für das Eingreifen in Osttimor.

Aber Ruhe ist weder in Osttimor noch in Indonesien eingekehrt. Aus Aceh auf Sumatra, von Lombok, den Molukken und aus „Papua“, dem früheren Irian Jaya, weit im Osten des Landes sind weitere unzufriedene, separatistische Stimmen zu hören. Religiös geprägte Auseinandersetzungen forderten bislang in Ambon zahlreiche Todesopfer, Kirchen und Moscheen sind in Flammen aufgegangen. Indonesien steht nach dem Niedergang Suhartos vor seiner größten Belastungsprobe seit der Unabhängigkeit im Jahre 1949.

Aus Singapur kommt ein überraschender Vergleich Indonesiens mit Jugoslawien. „Indonesiens Situation ist in einem wichtigen Aspekt nicht mit Jugoslawien identisch“, meint der Historiker Wang Gungwu. „Es hat keine Nachbarn, die die Abspaltung fördern, so wie Deutschland und Frankreich vor rund zehn Jahren Kroatien und Slowenien sehr schnell diplomatisch anerkannt haben“.

■ Verhaftungen in Kuala Lumpur

Malysias Probleme liegen woanders. Bis vor zweieinhalb Jahren hat der sehr erfolgreiche wirtschaftliche Kurs des Landes die nach wie vor versteckt unter der Oberfläche schwelenden Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen der Malaien, Chinesen und Inder zugedeckt. Jetzt treten die Differenzen wieder offener zutage. Hinzu kommt, dass die Verurteilung und sechsjährige Gefängnisstrafe des sehr populären ehemaligen stellvertretenden Premierministers, Anwar Ibrahim, für viel Unmut gesorgt und die Malaien gespalten hat. Viele haben das politische Lager Mahathirs, die UMNO, verlassen und sind entweder zu den

■ Ruhe ist weder in Osttimor noch in Indonesien eingekehrt. Aus Aceh auf Sumatra, von Lombok, den Molukken und aus „Papua“, dem früheren Irian Jaya, weit im Osten des Landes sind weitere unzufriedene, separatistische Stimmen zu hören.

Fahnen der Oppositionspartei, der Islamic Party, übergelaufen oder engagieren sich politisch in einer neuen Partei, angeführt von der Frau Anwar Ibrahims. Bei den Parlamentswahlen Ende 1999 konnte zwar die UMNO ihre Macht behaupten, herbe Stimmenverluste sorgten jedoch für nachdenkliche Mienen im Lager Mahathirs. Nach Kelantan ging sogar noch ein weiteres Bundesland im Osten der Halbinsel an die Opposition, schlimme Wahlschlappe für Ministerpräsident Mahathir, der seit 1981 an der Spitze steht und das Land jetzt für weitere fünf Jahre führen will. Als seinen Stellvertreter hat er sich einstweilen den früheren Außenminister Abdullah Ahmad Badawi ausgesucht. Wann dieser aber in seine Fußstapfen treten soll, das lässt Mahathir wie schon bei allen seinen vorherigen Stellvertretern offen.

Er ist sich seiner Sache sicher, für ihn ist der politische Kurs klar. Welchen rücksichtslosen Weg Mahathir dabei einschlägt, davon zeugen erste Aktionen Anfang des Jahres. Mehrere Verhaftungen von Oppositionellen zeigen wieder seine alte Handschrift und lassen für die Zukunft Schlimmes befürchten. Ins Gefängnis wanderten u.a. Zulkifli Sulong, der Herausgeber der Parteizeitung *Harakah*, der stellvertretende Vorsitzende der Democratic Action Party und Anwalt von Anwar Ibrahim, Karpal Singh, sowie Marina Yusoff und Mohammed Ezam Mohammed Nor von der National Justice Party. Mit dem Official Sediton Act und dem Internal Security Act hat Mahathir fast unbeschränkte Möglichkeiten, seine politischen Gegner kalt zu stellen. „Diese Verhaftungen stellen eine schwere Belastungsprobe für die malaysische Demokratie dar“, schreibt das renommierte *Asian Wall Street Journal*. Und weiter: „Wenn es Mahathir gelingt, seine Widersacher auf diese Weise mundtot zu machen, wird sein autoritäres Gehabe Malaysias Zukunft noch mehr gefährden. Wenn der Opposition das Recht genommen wird, die Regierung zu kritisieren, gibt es keine Demokratie mehr in Malaysia“.

■ **Mit dem Official Sediton Act und dem Internal Security Act hat Mahathir fast unbeschränkte Möglichkeiten, seine politischen Gegner kalt zu stellen. „Diese Verhaftungen stellen eine schwere Belastungsprobe für die malaysische Demokratie dar“, schreibt das renommierte *Asian Wall Street Journal*.**

■ **Estrada entlässt Minister**

Die Philippinen unter ihrem Präsidenten Joseph Estrada schauen neidisch auf ihre Nachbarn, voller Angst, wieder einmal den Anschluss zu verpassen. Das Land verliert wirtschaftlich wieder deutlich an

Boden. Da werden in Manila schon wieder schlimme Erinnerungen an eine Zeit wach, als der südostasiatische Inselstaat das wirtschaftliche Schlusslicht der Region darstellte. Die neue Regierung schafft es nicht, eindeutige wirtschaftliche Zeichen zu setzen und Anreize für Investoren zu schaffen. Ein wirtschaftspolitischer Zickzackkurs mit einem höchst eigenwilligen Präsidenten sorgt für niedrige Popularität in der Bevölkerung. Nicht mehr länger wird dem ehemaligen Schauspieler und Filmhelden Estrada vertraut, dass er besonders für die Armen im Lande sorgen werde.

Die Investitionen sind 1999 um 58 Prozent zurückgegangen, Wirtschaftsbosse klagen offen über Korruption und Günstlingswirtschaft, „Freunde“ des Präsidenten seien überall zuerst am Zug. Als im Dezember auf der Hauptinsel Luzon der Strom ausfiel, machten seit langem wieder einmal Putschgerüchte die Runde – Anzeichen für ein aufgeheiztes politisches Klima und blankes Misstrauen der Regierung gegenüber.

Jetzt hat Präsident Estrada reagiert und zunächst einmal sein Kabinett umgebildet. Sein Innenminister musste gehen, er war in eine Reihe von Korruptionsskandalen verwickelt. Prominenter Ersatz ist auch schon gefunden: Alfredo Lim, ehemaliger Polizeichef und Bürgermeister von Manila. In den Philippinen kennen Lim viele unter seinem Spitznamen „Dirty Harry“. Mit eisernem Besen kehrte er das vormalige Rotlichtviertel in Ermita. Von Lim erhofft sich Estrada neue Erfolge im Kampf gegen Korruption und Kriminalität. Finanzminister Edgardo Espiritu kam seiner Entlassung gerade noch rechtzeitig zuvor und nahm freiwillig den Hut, nicht ohne jedoch bei seinem Abgang die um sich greifende „Korruptionskultur“ zu brandmarken. Mit seiner Politik hatte er sich zunehmend isoliert und andere Minister sowie den Zentralbankchef gegen sich aufgebracht. Auch traf es die Chefs der Steuer und Zollbehörde. Beide Einrichtungen gelten in Manila als besonders korrupt. Dazu kam, dass ihre Steuereinnahmen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren. Die enormen Lücken im Haushalt (2,8 Milliarden Dollar) riefen dann wiederum internationale Kreditgeber auf den Plan, die ihre Zuwendungen strichen. Rund 70 sogenannte illustre „Berater“ des Präsidenten verloren

■ Ein wirtschaftspolitischer Zickzackkurs mit einem höchst eigenwilligen Präsidenten sorgt für niedrige Popularität in der Bevölkerung. Nicht mehr länger wird dem ehemaligen Schauspieler und Filmhelden Estrada vertraut, dass er besonders für die Armen im Lande sorgen werde.

■ In den 18 Monaten seiner Amtszeit hat Estrada nicht eine einzige nennenswerte wirtschaftspolitische Maßnahme auf den Weg gebracht.

ebenfalls ihren Job. Oft Freunde von Estrada und finanzstarke Geldgeber im Wahlkampf, hatten einige von ihnen in der Vergangenheit versucht, mit Visitenkarten des Präsidenten zu prahlen und ihre Dienste beim Zustandekommen von Regierungsaufträgen anzubieten.

Rivalisierenden Fraktionen und Machtkämpfen hinter den Kulissen will Estrada zukünftig das Handwerk legen. Dabei ist es nicht allzu hilfreich, dass er kaum Kabinettsitzungen abhält, sondern lieber im kleinen Kreis berät und regiert. Direktiven des Präsidenten, häufig im völligen Gegensatz zur bisherigen Politik stehend, überraschten die eigenen Minister. In den 18 Monaten seiner Amtszeit hat er nicht eine einzige nennenswerte wirtschaftspolitische Maßnahme auf den Weg gebracht. Eine angestrebte Änderung der Verfassung aus dem Jahre 1987, die Ausländern größeren Zugang und Investitionserleichterungen in Aussicht gestellt hatte, musste Estrada aufgrund von massivem Widerstand, angeführt von der katholischen Kirche um ihren noch immer mächtigen Kardinal Sin, zunächst einmal auf die lange Bank schieben.

Jetzt soll ein Vertrauter des Präsidenten, der ehemalige Handels- und neue Finanzminister José Pardo, für Ordnung sorgen. Ein „Wirtschaftskoordinierungsausschuss“ mit Estrada an der Spitze und seinem Stellvertreter Pardo, der das volle Vertrauen der philippinischen Wirtschaft genießt, soll Schluss mit dem wirtschaftspolitischen Hin und Her machen und für weniger Bürokratie sorgen. Der Präsident scheint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Nach ziemlichem Fehlstart bleiben ihm noch mehr als vier Jahre, um sein Hauptversprechen aus dem Wahlkampf einzulösen: ein besseres Leben für die Armen im Lande.

■ ASEAN will enger zusammenarbeiten

Außenpolitisch hat der philippinische Präsident Ende des Jahres sein Reifezeugnis als Gastgeber des dritten informellen ASEAN-Gipfels abgelegt. Die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN will künftig enger politisch zusammenarbeiten. Dies geht aus der Abschlusserklärung der zehn Staats- und Regierungschefs hervor. Estrada erklärte am Ende des Treffens, dass „eine engere wirtschaftliche Kooperation durch

intensivere und umfassende Zusammenarbeit in Fragen von Sicherheit und Frieden ergänzt werden muss“. Dazu gehörten seiner Ansicht nach auch Themen wie Menschenrechte und Umweltverschmutzung. Den Abschluss des Gipfels bildete ein Treffen ASEANs mit dem chinesischen Premierminister Zhu Rongji, dem japanischen Ministerpräsident Keizo Obuchi und dem südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung, auf dem eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Südostasien und seinen mächtigen Dialogpartnern im Norden vereinbart wurde.

Die Gipfelkonferenz, zu der mit Ausnahme des malaysischen Premiers Mahathir, der aus Sorge um die Parlamentswahlen in seinem Land zu Hause geblieben war, alle übrigen Staats- und Regierungschefs der Region angereist waren, beschloss ferner, dass die sechs „alten“ ASEAN-Mitglieder – Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Singapur – ihre Einfuhrzölle im wechselseitigen Handel fünf Jahre früher als geplant bereits im Jahre 2010 abschaffen werden. Die später beigetretenen Länder Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam, die zu den ärmsten Ländern der Welt gehören, sollen den Zollabbau von 2018 auf 2015 vorziehen. Bereits zum 1. Januar 2000 fallen für 90 Prozent aller Güter nur noch Zölle von fünf oder weniger Prozent an. Damit will die Gemeinschaft ihrem Ziel einer Freihandelszone (Asean Free Trade Area) mit 500 Millionen Menschen und einer Wirtschaftsleistung von 700 Milliarden Dollar einen wichtigen Schritt näher kommen.

Zum dritten Mal waren die zehn südostasiatischen Staaten informell zusammengekommen. Das Treffen in Manila beruht auf einer Absprache aus dem Jahre 1995 in Bangkok, nach der zwischen den alle drei Jahre stattfindenden offiziellen Gipfeltreffen sogenannte informelle Treffen einmal im Jahr abgehalten werden. 1996 hatten sich die Staats- und Regierungschefs in Jakarta, 1997 in Kuala Lumpur getroffen. In Manila bekräftigten sie ihre Bereitschaft, den Wiederaufschwung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen zweieinhalb Jahre mit tiefgreifenden Reformen zu unterstützen. Man sei auf dem richtigen Wege, versicherten sich die Gipfelteilnehmer gegenseitig. Allerdings müssten Transparenz und schnelles Eingreifen sicher gestellt werden, um unerwünschte Entwicklungen im Finanzsektor schnell

■ 1996 hatten sich die Staats- und Regierungschefs in Jakarta, 1997 in Kuala Lumpur getroffen. In Manila bekräftigten sie ihre Bereitschaft, den Wiederaufschwung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen zweieinhalb Jahre mit tiefgreifenden Reformen zu unterstützen.

■ Ein Thema, das in der Vergangenheit immer wieder für Zündstoff gesorgt hatte, spielte eine wichtige Rolle: das ASEAN-Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder. Dafür hatte es immer wieder von außen heftige Schelte gegeben und auch intern konnte die Staatengemeinschaft in letzter Zeit den offenen Streit nicht mehr länger diplomatisch fein verborgen halten.

korrigieren zu können. Der Internationale Währungsfonds erwartet 1999 für die Region nach dem kräftigen Rückgang von sieben Prozent im Jahre 1998 ein Wachstum von 2,6 Prozent. Innerhalb Südostasiens variieren die Vorhersagen zwischen 2,3 und 3,4 Prozent. Dabei seien aber eine Reihe von unkalkulierbaren Risiken wie schwache Kaufkraft in einigen Ländern, fehlende Reformen im Finanzsektor, steigende Zinsen, nachlassende Wirtschaftskraft in den USA und Japan sowie die mögliche Abwertung der chinesischen Währung zu berücksichtigen.

Ein Thema, das in der Vergangenheit immer wieder für Zündstoff gesorgt hatte, spielte eine wichtige Rolle: das ASEAN-Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder. Dafür hatte es immer wieder von außen heftige Schelte gegeben und auch intern konnte die Staatengemeinschaft in letzter Zeit den offenen Streit nicht mehr länger diplomatisch fein verborgen halten. Jetzt vereinbarte man, dass eine sogenannte ASEAN-Troika die politische Zusammenarbeit koordinieren möge. Ihr gehören die Außenminister der Philippinen, Thailands und Indonesiens an. Ein solches Gremium gab es vorübergehend schon einmal im Jahre 1997, als dringend Hilfe für Kambodscha gefragt war. Dann legte man diesen tabubrechenden Griff über die Grenzen aber schleunigst wieder ad acta. Jetzt werden neue Fakten geschaffen. Das Übereinkommen bedeutet eine Abkehr von der bisherigen Politik der ASEAN und wird von einigen politischen Beobachtern, vor allem in Thailand und den Philippinen, als wichtigstes Ergebnis des Gipfels bewertet.

Wie zum Beweis neuer politischer Offenheit diskutierten dann die Gipfelteilnehmer Themen wie die separatistischen Bestrebungen in der indonesischen Unruheprovinz Aceh und Grenzstreitigkeiten im südchinesischen Meer. Dem indonesischen Präsidenten, Abdurrahman Wahid, der zum ersten Mal an einem ASEAN-Treffen teilnahm, kamen die Solidaritätsadressen seiner Nachbarn sehr gelegen. Seinem Land drohen nach dem Unabhängigkeitsvotum für Osttimor weitere Debakel im Norden Sumatras und in den Molukken. Die Sorge in der Region ist groß, dass ein Auseinanderbrechen des Inselstaates Indonesien katastrophale Folgen für die gesamte Region haben könnte. In gewisser Weise liegt in dem Bei-

stand der ASEAN-Staaten für Indonesien eine historische Ironie, da gerade Jakarta unter Suharto lange, lange Jahre sturer Verfechter der Politik der Nichteinmischung war. Jeder Kommentar aus benachbarten Hauptstädten und dem restlichen Ausland wurde rigoros abgekanzelt. Jetzt kann Abdurrahman Wahid unterstützenden Wind für seine Politik im Lande sehr wohl gebrauchen.

Der philippinische Vorschlag, für die Spratly-Inseln einige Verhaltensregeln zur Konfliktschlichtung zu verabschieden, fand zwar innerhalb der ASEAN eine Mehrheit, scheiterte letztlich aber am Widerstand Chinas. Für die öl- und gasreichen Inseln interessieren sich aus dem ASEAN-Kreis die Anrainer Brunei, Malaysia, Philippinen und Vietnam, vor allem aber China und Taiwan. Der Streit um die Spratly-Inseln, große ideologische Differenzen und tiefsitzendes Misstrauen gegenüber den Nachbarn lassen einstweilen an ein enges politisches Zusammengehen nicht denken. Ostasien ist die einzige Region in der Welt, die bislang keine eigenen wirksamen Instrumente für eine politische oder gar sicherheitspolitische Zusammenarbeit geschaffen hat.

Ein besonderes ostasiatisches Forum zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, um Spannungen in der Region abzubauen, wurde nicht eingerichtet. Peking sieht „für eine ziemliche lange Zeit“ vor allem wirtschaftliche Belange im Vordergrund der gemeinsamen Bemühungen. Allerdings: „Wir sind bereit, Meinungen über politische und strategische Fragen auszutauschen, um mit den Staaten der Region in einen Dialog einzutreten“, signalisierte Premier Zhu Rongji Gesprächsbereitschaft. Andere Gipfelteilnehmer verwiesen auf bereits bestehende Einrichtungen wie das „ASEAN Regional Forum“, das überdies den Vorteil böte, dass auch nichtasiatische Mächte wie die USA Teilnehmer seien. So verabschiedete man dann eine Erklärung in bester Diplomaten-sprache: „Die Staats- und Regierungschefs kamen überein, den Dialog, die Koordination und die Zusammenarbeit fortzusetzen, um gegenseitiges Verstehen und Vertrauen gerichtet auf Frieden und Stabilität in Ostasien zu fördern“.

In den Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs aus China, Japan und Südkorea ging es um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Bei-

■ **Der philippinische Vorschlag, für die Spratly-Inseln einige Verhaltensregeln zur Konfliktschlichtung zu verabschieden, fand zwar innerhalb der ASEAN eine Mehrheit, scheiterte letztlich aber am Widerstand Chinas.**

tritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO). ASEAN ist daran interessiert, engere Bande mit seinen Wirtschaftspartnern im Norden zu knüpfen. Nicht länger sollen sie gesonderte Einladungen für die ASEAN-Gipfeltreffen erhalten, sondern sozusagen routinemäßig teilnehmen, um wirtschaftliche und politische Schritte abzustimmen. Man will in der Region den Vormächten USA und Europa einen mächtigen Block Ostasien entgegensetzen.

Dabei spielt natürlich vor allem Japan die entscheidende Rolle. 30 Milliarden Dollar aus dem im letzten Jahr zur Verfügung gestellten „Miyazawa-Fund“ sollen der Region wirtschaftlich wieder auf die Beine helfen. Zusätzliche 500 Millionen Dollar, so Premier Keizo Obuchi auf dem Gipfeltreffen in Manila, seien für Bankreformen und Experten zum Thema Handwerksförderung vorgesehen. Die langfristige Marschroute für alle Staaten der Region hatte der philippinische Präsident Estrada zu Beginn des Treffens klargestellt: „Wir träumen davon, einen gemeinsamen ostasiatischen Markt mit einer einzigen Währung nach dem Muster Europas zu schaffen“. Da bleibt noch ein langer Weg zurückzulegen.

■ **Wirtschaftsreformen in Vietnam?**

■ **Aus Vietnam kommen im Januar 2000 laute Töne. Premierminister Phan Van Khai kündigt mit großem Elan Reformen an. Dezentralisierung und mehr Wettbewerb will er seinem Land als Mittel gegen die wirtschaftliche Malaise verschreiben.**

Aus Vietnam kommen im Januar 2000 laute Töne. Premierminister Phan Van Khai kündigt mit großem Elan Reformen an. Dezentralisierung und mehr Wettbewerb will er seinem Land als Mittel gegen die wirtschaftliche Malaise verschreiben. Ob da allerdings die Hardliner in seiner Kommunistischen Partei mitmachen, bleibt abzuwarten. Zu häufig sind in der Vergangenheit groß angekündigte Reformen im Sande verlaufen bzw. niemand schien wirklich daran interessiert, gutgemeinte Pläne auch in die Tat umzusetzen. Ausländische Investoren wissen ein Lied davon zu singen, wie schwierig es ist, in Vietnam in Zusammenarbeit mit staatlichen Unternehmen Geld zu verdienen. Viele haben dem Land schon den Rücken gekehrt, Investitionen blieben aus.

Korruption ist auch in Vietnam ein großes Thema, das kürzlich sogar ein prominentes Opfer forderte. Ngo Xuan Loc, immerhin stellvertretender Premierminister, musste seinen Hut nehmen. „Missmanagement“ wurde ihm vorgeworfen, einige politische Be-

obachter glauben allerdings eher an eine andere Version. Ngo Xuan Loc gilt als Reformier und habe daher den Ärger des Politbüros auf sich gezogen. Man habe ein Exempel statuieren wollen, auch um den immer wieder aufflammenden Unmut im Lande über korrupte Parteioffizielle zu besänftigen. Tatsächlich war es in den vergangenen Jahren etwa in den Provinzen Thai Binh und Dong Nai zu wütenden Protesten gekommen. In Zeitungsartikeln dürfen Journalisten offen an der Durchschlagskraft der staatlichen Korruptionsbekämpfung zweifeln.

■ Geheimnisse in Laos

Beim Nachbarn in Vientiane, der Hauptstadt von Laos, ist Geheimniskrämerei noch immer an der Tagesordnung. Anfang Dezember starb Oudom Khatiya, seit Februar 1998 Vizepräsident und Mitglied des Politbüros. Er war einer derjenigen neun Personen aus dem inneren Kreis der Macht, die an den Schaltebeln in Laos sitzen. Das Ableben des 69-jährigen war seinen anderen sieben Kollegen um den starken Mann im Politbüro, General Khamtay Siphandone, keine einzige Meldung wert. Erst ein Diplomat an der Botschaft in Hanoi machte die Neuigkeit publik.

Jetzt scheinen sich – zwar langsam – auch in Laos mit seinen fünfeneinhalb Millionen Einwohnern die Zeiten zu wandeln. Nicht mehr länger will das Land von einer alten Führungsriege autokratisch regiert werden, ohne Öffentlichkeit und ohne Verantwortung für ihre Politik abzulegen. „Die Leute haben das Vertrauen in die Kommunisten verloren“, behauptet trotzig ein prominenter Dissident aus dem Exil. Und weiter: „Sie sind bereit, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen“.

Öffentliche Demonstrationen in Vientiane? Dies ist für politische Beobachter schlichtweg ein Unding. Aber – auch in Laos kommt so einiges in Bewegung. Ende Oktober soll es nach Berichten von Augenzeugen zu einem Protest von Studenten und Lehrern gekommen sein. Sie rebellierten gegen den harschen Kurs der seit Dezember 1975 regierenden Lao People's Revolutionary Party, die das Land wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes geführt und Laos zum Armenhaus in Südostasien gemacht hat. Die Vorgänge um die Demonstration sind ziemlich unklar, und die Berichte widersprechen sich. Einstweilen leugnet man

■ **Jetzt scheinen sich – zwar langsam – auch in Laos mit seinen fünfeneinhalb Millionen Einwohnern die Zeiten zu wandeln. Nicht mehr länger will das Land von einer alten Führungsriege autokratisch regiert werden, ohne Öffentlichkeit und ohne Verantwortung für ihre Politik abzulegen.**

■ **Der Anflug von Widerstand in Vientiane hat eine lange Geschichte, die auf den Zerfall der Sowjetunion zurückgeht. Damals waren auch in Laos Rufe nach größerer Offenheit, Freiheit und Demokratie laut geworden. Mit harter Hand und drakonischen Strafen hatten die Machthaber versucht, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen.**

von offizieller Seite dreist, dass überhaupt ein Protest stattgefunden habe. Medien, die je frei über so etwas „Ungeheures“ hätten berichten können, gibt es ohnehin nicht.

Jedoch: ein kräftiger Schreck muß den alten Herren im Politbüro in die Glieder gefahren sein. Sie konsultierten zunächst einmal ihren mächtigen Verbündeten in Hanoi, Vietnam, und entschlossen sich dann, den unerhörten Vorgang einfach zu ignorieren. „Unmöglich, nichts passiert, kein Protest“, hieß es im Außenministerium lakonisch. Hinter vorgehaltener Hand bestätigen jedoch Beamte entsprechende Berichte aus Botschaften, dass sich ein Vorfall ereignet habe und rund 100 Protestanten festgenommen worden seien.

Der Anflug von Widerstand in Vientiane hat eine lange Geschichte, die auf den Zerfall der Sowjetunion zurückgeht. Damals waren auch in Laos Rufe nach größerer Offenheit, Freiheit und Demokratie laut geworden. Mit harter Hand und drakonischen Strafen hatten die Machthaber versucht, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen. Drei hochrangige Parteimitglieder wurden verhaftet, Anhänger der Demokratiebewegung flohen entweder ins Exil oder verschwanden im Untergrund. Vor einem Jahr kochte der Unmut dann wieder hoch. Prodemokratische Anhänger demonstrierten an der Dongkok Universität in Vientiane gegen brutales Polizeivorgehen und den katastrophalen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung. Am darauffolgenden Tag starb der Hauptverantwortliche für den Protest unter mysteriösen Umständen bei einem Verkehrsunfall. Seine Mitstreiter gründeten daraufhin die Lao Students Movement for Democracy und planten weitere Aktionen.

Am 26. Oktober des vergangenen Jahres, am Ende der buddhistischen Fastenzeit, sahen sie dann ihre Zeit gekommen. Auf einem Flugblatt fuhren sie schweres Geschütz auf: „Das unzivilisierte Regime hat Hunderttausende von unschuldigen laotischen Bürgern um oder ins Gefängnis gebracht“. Ihre Forderungen: Demokratie und freie Wahlen, Vielparteiensystem, Freilassung politischer Gefangener und freie Meinungsäußerung. Ein Protestmarsch sollte vom Präsidentenpalast aus starten. Bevor sich jedoch der Zug formieren konnte, schritten Sicherheitskräfte ein und verhafteten einige Teilnehmer. Andere konnten

in der Menge untertauchen. Auf die Verhafteten wartet vermutlich ein schweres Schicksal. Beim Aufstand im Jahre 1990 erhielten die damals Festgenommenen 14-jährige Freiheitsstrafen in einem Arbeitslager.

Hoffnungen, dass sich in Laos, in einem der zehn Mitglieder des südostasiatischen Staatenverbundes ASEAN, schnelle Schritte in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft ergeben, sind jedoch verfrüht. Politische Beobachter bezeichnen das Regime, das sich offiziell immer noch zum Kommunismus bekennt, als äußerst repressiv. Es gebe keine Strukturen für einen organisierten Protest. Selbst in Burma sei im Vergleich zu Laos ein höheres Maß an Zivilgesellschaft vorhanden, heißt es von Kennern des Landes.

Dennoch: das kurze Aufflackern einer Demokratiebewegung hat das Land zum großen Ärger der Regierenden in die Schlagzeilen gebracht. Und diese Schlagzeilen sind es, die von offizieller Stelle sehr gefürchtet werden. Ein Vergleich mit Burma, dessen Junta international am Pranger steht, und deren Schritte aufs Genaueste im In- und Ausland beobachtet und kommentiert werden, ist für die laotischen Machthaber ein Albtraum, ist man doch daran gewöhnt, dass „still und heimlich“, ohne größere Öffentlichkeit, alles seinen gewohnten Gang geht.

Dabei lehrt allein ein Blick auf die Wirtschaftsdaten, dass es höchste Zeit ist, die alten, eingetretenen Pfade endlich zu verlassen. Die Devisenreserven sind auf unter 100 Millionen Dollar geschrumpft, die Inflationsrate liegt bei ungefähr 140 Prozent (!), schlimmer Rekord für Südostasien. Die laotische Währung (Kip), hat in den letzten beiden Jahren im Vergleich zum Dollar 900 Prozent an Wert verloren. Die Lebenserwartung liegt bei 55 Jahren, viele Laoten können nicht lesen und schreiben. Flüge nach Vientiane wurden eingestellt, die einheimische Fluglinie steht wegen schwerer Sicherheits- und Wartungsmängel auf internationalen schwarzen Listen, eine Eisenbahn gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund hören sich die offiziellen Dementis („Das Gerede, dass die Regierung die Wirtschaft nicht im Griff hat, ist grundlos“) wie ein schlechter Scherz an.

Aus dem eigenen Land hat die Herrenriege im Politbüro vielleicht wenig zu befürchten. Anders sieht es da jedoch bei möglichem Druck aus dem Ausland aus. In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

■ **Das kurze Aufflackern einer Demokratiebewegung hat das Land zum großen Ärger der Regierenden in die Schlagzeilen gebracht. Und diese Schlagzeilen sind es, die von offizieller Stelle sehr gefürchtet werden.**

könnten bald aufgrund der repressiven Mächtschaften keine Gelder mehr fließen, auch Währungsfonds und Weltbank geben sich zurückhaltend. Das amerikanische Repräsentantenhaus prangerte im vergangenen Monat Menschenrechtsverletzungen in Laos an und drohte mit Sanktionen. Selbst die Religion spielt in den USA eine Rolle, wo rund eine Viertelmillion von Hmongs im Exil leben, die Christen sind und die lautstark gegen die Verfolgung ihrer Angehörigen im Norden von Laos protestieren.

Einstweilen schalten die Machthaber in Vientiane noch auf stur. Sie erkennen die Zeichen der Zeit nicht. Die neunziger Jahre mit dem international umgreifenden Wandel in Politik und Wirtschaft scheinen an ihnen spurlos vorübergegangen zu sein. Allein mit Dementis und der Parole „Augen zu“ ist es jedoch nicht getan. So wird Laos noch lange das Schlusslicht und Armenhaus Südostasiens bleiben.

■ **Schlagzeilen um einen Prozess**

■ **In Kambodscha ist nach den turbulenten Ereignissen des Jahres 1998 relative Ruhe eingekehrt. Das Land macht derzeitig nur mit einem Thema Schlagzeilen: der Prozess gegen die Roten Khmer, das letzte Häuflein der Verantwortlichen für die Massaker in den Jahren 1975 bis 1979.**

In Kambodscha ist nach den turbulenten Ereignissen des Jahres 1998 relative Ruhe eingekehrt. Das Land macht derzeitig nur mit einem Thema Schlagzeilen: der Prozess gegen die Roten Khmer, das letzte Häuflein der Verantwortlichen für die Massaker in den Jahren 1975 bis 1979. Premierminister Hun Sen und sein Kabinett haben ein Gesetz vorgelegt, das einen Prozess nach internationalen Regeln in Phnom Penh, der Hauptstadt Kambodschas, möglich machen soll. Allerdings: die Zustimmung der Vereinten Nationen hierzu steht noch aus. Ohne den offiziellen Segen der UN besteht die Gefahr, dass ein solcher Prozess eine Art von Schauveranstaltung wird, vergleichbar mit dem People's Revolutionary Tribunal aus dem Jahre 1979, damals eingerichtet vom kambodschanischen Marionettenregime, aufs Schild gehoben und unterstützt aus Vietnam.

Immerhin – mit diesem Gesetzentwurf hat Hun Sens Regierung eine vielbeachtete Wende vollzogen. Nachdem man zunächst einen UN-Vorschlag mit Pauken und Trompeten abgelehnt und auf einem Prozess im eigenen Land bestanden hatte, liegt jetzt ein Gesetzentwurf aus kambodschanischer Feder auf dem Tisch, der viele der UN-Positionen beinhaltet. Einige internationale Beobachter glauben gar, dass

dieser Vorschlag künftige Grundlage für Prozesse gegen Kriegsverbrechen weltweit werden könnte. Sollte es zwischen Hun Sen und den Vereinten Nationen zu einer Einigung kommen und ein unabhängiges Gericht nach einem fairen Prozess urteilen können, bedeutete dies internationalen Beifall für den Premier und die von ihm geführte Regierung – Lorbeeren aus dem Ausland, das noch vor kurzem Hun Sen und seine Volkspartei verdammt hatte.

■ **Aufschwung für Demokratie und Menschenrechte?**

Entwicklung statt/und Demokratie – Asiens alte Streitfrage und lange Zeit beliebtes Thema vor allem der Autokraten in China, Malaysia und Singapur erhält neuen Zündstoff. Die katastrophale Wirtschafts- und Währungskrise in Ost- und in Südostasien hat nicht nur schlimme soziale Folgen für die Menschen in der gesamten Region; sie bewirkt auch – zum Leidwesen mancher Regierungen – einen Aufschwung für Demokratie und Menschenrechte. Die Anzahl der Bürger, die es jetzt mit viel Mut wagen, ihre Herrschenden zu kritisieren und öffentlich politische Reformen sowie mehr Respekt für Menschenrechte zu fordern, steigt unaufhörlich. Im ASEAN-Raum, in dem in der Vergangenheit zahlreiche Regierungen strikt die persönlichen Freiheiten ihrer Bürger für vermeintlichen wirtschaftlichen Fortschritt opferten, gehen jetzt die Uhren anders. Lautstarke Rufe aus der Opposition gegen den offiziellen Kurs sind zu hören. Dieses Trommeln stellt eine bemerkenswerte Veränderung in der politischen Landschaft Asiens dar, überwogen doch in der Vergangenheit traditionell eher asiatische Unterwerfungsgesten gegenüber den herrschenden Machteliten.

Indonesien ist ein besonderer Fall. Eine prodemokratische Studentenbewegung schrieb sich das Thema „Korruption und Vetternwirtschaft“ auf die Fahnen und probte den Aufstand gegen Präsident Suharto. Dieser beugte sich im Mai 1998 schließlich nach 32 Jahren absoluter Herrschaft dem Druck und machte seinem Nachfolger Platz. In Malaysia bildete sich eine Art People Power-Bewegung, welche die Regierung mit kräftigem Protest überraschte. In Myanmar (Burma), nach wie vor unter der Knute brutaler Militärs, setzt die Friedensnobelpreisträgerin, Aung San

■ **Entwicklung statt/und Demokratie – Asiens alte Streitfrage erhält neuen Zündstoff. Die katastrophale Wirtschafts- und Währungskrise in Ost- und in Südostasien hat nicht nur schlimme soziale Folgen für die Menschen in der gesamten Region; sie bewirkt auch – zum Leidwesen mancher Regierungen – einen Aufschwung für Demokratie und Menschenrechte.**

■ **„Die Wirtschaftskrise hat auch zur Folge, dass die Prinzipien Demokratie und Menschenrechte eine Eigendynamik entwickelt haben“, erklärt Somchai Homlaor, Generalsekretär des Asian Forum für Menschenrechte mit Sitz in Bangkok.**

Suu Kyi, im Namen der Demokratie ihre Widersacher ins politische Abseits. Das Land ist außenpolitisch vollkommen isoliert. Alle Versuche der Generäle, Suu Kyi zum Schweigen zu bringen oder ihrer politischen Bewegung mit Verhaftungen das Wasser abzugraben, sind bislang gescheitert.

Einige politische Beobachter glauben, dass die Rufe nach politischen Reformen aus hauptsächlich wirtschaftlichen Gründen erwachsen sind. Als Asiens Regierende Anfang der neunziger Jahre von Rekord zur Rekord geeilt waren, zogen sie in Washington, Europa und ihrer Region umher und verkündeten ihre frohe Botschaft: Persönliche Freiheiten seien zweitrangig, sie müssten in den Hintergrund treten, um den Weg zu Fortschritt und Entwicklung zu ebnen. Anfang Juli 1997 war es mit den hochfliegenden Träumen vorbei. Mit dem Zusammenbruch des thailändischen Baht begann Asiens freier Fall und die über die Jahre hinweg angehäuften politischen Spannungen entluden sich.

„Die Wirtschaftskrise hat auch zur Folge, dass die Prinzipien Demokratie und Menschenrechte eine Eigendynamik entwickelt haben“, erklärt Somchai Homlaor, Generalsekretär des Asian Forum für Menschenrechte mit Sitz in Bangkok. Homlaor weiter: „Regierungen mussten sich bisher nicht rechtfertigen, die Bürger hatten keinerlei Rechte, dies in Frage zu stellen. Heute ist alles anders. Politik und Wirtschaft sind nicht voneinander zu trennen und müssen sich im Gleichschritt entwickeln.“

Ausländische Geldgeber machen vermehrt ihre finanzielle Unterstützung von politischen Reformen und freien Wahlen abhängig. Sieht man einmal von den Generälen in Myanmar ab, die halsstarrig alle internationalen Bemühungen ignorieren, das Land innenpolitisch zu einigen, erscheinen Südostasiens Regierungen dieser Tage empfänglicher für sanften Druck. Hanoi hat mehr als 5 000 Gefangene entlassen; die Mehrheit hatte davon „normale“ Straftaten begangen, elf jedoch waren prominente Dissidenten. Singapur hob letzte Einschränkungen für Chai Thye Poh auf, welcher als sogenannter „letzter“ mutmaßlicher Kommunist Singapurs über 32 Jahre lang von den Behörden belangt worden war. Indonesiens Übergangspräsident B.J. Habibie verkündete im vergangenen Jahr die Freilassung von politischen

Gefangenen und verlautbarte, dass er das Anti-Subversionsgesetz, welches die Inhaftierung ohne Gerichtsverhandlung gestattet, außer Kraft setzen werde. Anschließend ermöglichte er freie Wahlen in Indonesien mit 48 offiziell zugelassenen politischen Parteien.

Thailands Wirtschaftsdebakel zog im November 1997 einen Regierungswechsel nach sich, der den Einfluss der Militärs auf die offizielle Politik erheblich abschwächte. Eine neue Verfassung setzt verstärkt Schwerpunkte auf das Thema Menschenrechte. Auch der philippinische Präsident, Joseph Estrada, hat die Menschenrechte auf seiner politischen Tagesordnung. Dafür findet er im Unterschied zu einer größeren Anzahl seiner Nachbarn in seinem Land Gehör bei vielen. Voller Stolz bezeichnen sich die Filipinos als die Erfinder von People Power. Noch immer ist allerdings für die Mehrheit der südostasiatischen Länder der Weg zu mehr Demokratie angeblich ein riskantes Unternehmen, das die Stabilität der gesamten Region gefährden könnte. Die Argumente sind alt: Aufgrund großer ethnischer und religiöser Unterschiede, so die Zweifler, könnten Rufe nach weitreichenden politischen Reformen zu Gewalt und Chaos führen. Insgesamt, so heißt es von offizieller Seite, sei das Wohlergehen der Gesellschaft wichtiger als die Freiheit einer einzelnen Person.

Allerdings – so einfach lässt sich das Rad nicht mehr zurückdrehen. Südostasien hat sich zweieinhalb Jahre nach dem Beginn der Wirtschafts- und Währungskrise mit seinen immensen politischen und sozialen Folgen entscheidend verändert. Mit alten Argumenten wird es den Herrschenden kaum gelingen, ihren Machtanspruch auf Dauer aufrechtzuerhalten. Wirtschaftlich fasst die Region wieder Tritt. Abzuwarten bleibt, ob Südostasien politisch und gesellschaftlich auch wieder in ruhigeres Fahrwasser gerät.

Das Manuskript wurde am 20. Januar 2000 abgeschlossen.